

Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 19 (1939-1940)
Heft: 6

Artikel: Bauern und Arbeiter in der Kriegszeit
Autor: Schmidt, Franz
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-333830>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 13.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Am Schluß dieser Abhandlung können wir feststellen, daß die Diskussion über Preisfragen, Preispolitik, Kalkulationsmethoden (Einstands- oder Wiederbeschaffungspreis) im Interesse der Konsumenten nach Beginn des Krieges verhältnismäßig früh eingesetzt hat. Der Verlauf der Kleinhandelspreiskurve in den ersten drei Monaten nach Eintreten der Kriegswirtschaft zeigt, daß wirklich von den alten Vorräten und den alten Preisen gezehrt wurde und daß an den Detailhandel große Anforderungen gestellt wurden. Seine Aufgabe ist durch die neuen Verhältnisse größer und schwieriger geworden. Der weitere Verlauf des Krieges wird unsere Volkswirtschaft jedoch vor viel schwerere Aufgaben und Probleme stellen, und es darf der Wunsch geäußert werden, daß die Diskussion über diese Interessenfragen nicht einseitig geführt werde, sondern allen Teilen möglichst gerecht werde, den Konsumenten wie den Produzenten, dem Handel und der Industrie.

Bauern und Arbeiter in der Kriegszeit

Von Franz Schmidt.

Man erinnert sich, welche Wirkung der letzte Krieg auf das Verhältnis zwischen Bauern und Arbeitern in der Schweiz ausübte: als der Krieg endete, standen sich die beiden Bevölkerungsgruppen in großer Feindschaft gegenüber, während Jahren noch bestritt die Bauernpolitik ihre innerpolitischen Bedürfnisse mit Generalstreikhetze und ähnlichem und unter den Arbeitern war lange das Gefühl wach: Bauer sein, heiße Kriegsgewinnler sein.

Die Bauern während des Krieges 1914 bis 1918.

Die Bauern hatten während des Krieges sieben fette Jahre. Die Preiskontrolle war nicht organisiert, so kam es, daß von 1914 bis 1916 der Preis des Weizens um 106, der für Kartoffeln um 240 Prozent stieg. Der Gesamtindex der landwirtschaftlichen Produktpreise, der vom Bauernsekretariat berechnet wird ($1914 = 100$), stand 1919 auf 267. Das findet auch in den Lebensmittelpreisen seinen Ausdruck. Nach einem Bericht des Zürcher Regierungsrates aus dem Jahre 1919 über die kriegswirtschaftlichen Maßnahmen ist in der Zeit von September 1914 bis September 1918 der Kochbutterpreis von Fr. 3.04 auf Fr. 7.70 gestiegen, der Brotpreis von 36 Rp. auf 73 Rp., der Preis der Eier von 11 Rp. auf 44 Rp., der Preis des Rindfleischs von Fr. 1.82 auf Fr. 4.62 und der Preis des Schweinefleisches von Fr. 2.30 auf Fr. 9.14.

Die Arbeiter während des Weltkrieges.

Für die Arbeiter hatte der Krieg weniger günstige Folgen. Was die Sozialgesetzgebung ihnen an Errungenschaften gebracht, hatte zum großen Teil keine Gültigkeit mehr. In den Berichten der Fabrikspektoren für 1915 liest man: «Die Bestimmungen über die Arbeitszeit gehören zu den fundamentalsten des Gesetzes. An den Schranken, die

es ihr setzt, haben wir stets fort strenge Wacht gehalten, über die Fortschritte, die ihre Verkürzung ohne Hinzutun des Gesetzes machte, haben wir freudig berichtet. Jetzt aber herrschten nur im ersten Viertel der Berichtsperiode ungefähr normale Verhältnisse, dann kam der Krieg und mit ihm ein wahres Chaos. Er hat an den einen Orten und zu gewisser Zeit die Arbeitsdauer bis auf Null herabgesetzt und damit die Leute um den Verdienst gebracht, an den andern oder zu anderer Zeit Ueberschreitungen der gesetzlichen Normen nach jeder Richtung verursacht. Er hat die ruhige Entwicklung gestört, den Fortschritt gelähmt, außerhalb des Gesetzes stehende Errungenschaften verschiedener Art zunichte gemacht... Für Tausende wurde die gesetzliche Beschränkung der Arbeitsdauer eines Tages auf elf Stunden zeitweise aufgehoben, die Nacharbeit kehrte als Regel in manchen Geschäften auf unbestimmte Zeit ein, und viele, viele Sonntage fielen dem Krieg zum Opfer. Fabriken, die zur Bestreitung von Armeebedürfnissen stark beschäftigt waren, behaupteten, es handle sich um Notarbeit, und ließen, ohne zu fragen, 12, 13 und mehr Stunden nachts arbeiten.»

Dazu kam der Lohnabbau. Darüber berichtet der Fabrikinspektor des ersten Kreises für das Jahr 1915: «Wir trafen Reduktionen (des Lohnes) von 5, 10, 25, selten 30 und mehr, in vereinzelten Fällen aber sogar von 50 Prozent. In manchen Betrieben hat man den Lohnsatz nicht angetastet, aber allerlei Vergünstigungen und Nebenbezüge, Prämien und dergleichen wegfallen lassen. In andern Fabriken wurde die Akkordarbeit abgeschafft und ein Zeitlohn eingeführt, bei dem die Arbeiter den fröhren Verdienst nicht erreichten.» Der Fabrikinspektor des III. Kreises berichtet, daß in der Handmaschinenstickerei die Löhne bis auf 2,5 Fr. pro Tag für den Arbeiter heruntergedrückt wurden. «Auch in der Bekleidungsindustrie konnten ganz schlechte Löhne festgestellt werden, wo Mädchen, die ihre Lehrzeit oder Anlernzeit hinter sich hatten, sich mit einem Lohn von 1,8 bis 2,2 Fr. pro Tag häufig begnügen müssen.»

Aber nicht genug. Der Krieg brachte auch eine Wirtschaftskrisis und trotz Mobilisation zunehmende *Arbeitslosigkeit* (unerfindlich, wie so man 1939 vor Ausbruch des Krieges immer auf ein Verschwinden der Arbeitslosigkeit im Zeitpunkt der Mobilisation hoffen konnte!) Der Metall- und der Holzarbeiterverband stellte damals folgende Angaben über die Lohneinbußen zusammen:

Ursachen der Lohneinbussen	Metall- und Masch.-industrie		Bau- und Klein-gewerbe		Holzarbeiter	
	Arbeiter	Lohnausfall pro Tag bei 60 Rp. Stun-denlohn	Arbeiter	Lohnausfall bei 65 Rp. Stundenlohn	Arbeiter	Lohnausfall bei 65 Rp. Stundenlohn
Militärdienst	15 147	86 337.90	1659	10 070.10	4002	24 692.34
Arbeitslosigkeit	3 406	19 414.20	284	1 723.90	1995	12 309.15
Reduktion der Arbeitszeit	14 923	45 926.60	385	605.80	2803	3 630.66
Reduktion des Arbeitslohnes	1 934	4 785.20	175	134.10	1452	1 307.40

Man kann für den Weltkrieg 1914 bis 1918 feststellen, daß er in der Schweiz die ökonomischen Gegensätze zwischen Bauern und Arbeitern verschärfte. Das wurde von der herrschenden Klasse ausgenutzt. Bauernbataillone wurden in der Zeit des Generalstreiks gegen die Arbeiter geführt; und als unter den so mißbrauchten Soldaten die Grippe ausbrach, wurde diese Tatsache auf Jahre hinaus gegen die organisierte Arbeiterschaft ausgenützt: die Grippetoten mußten bei jedem Wahlgang und jeder Abstimmung als bürgerliches Schreckmittel herhalten!

Nach Ausbruch des neuen Krieges.

Man versteht, warum alle Einsichtigen schon vor Ausbruch des Krieges und der Mobilisation 1939 warnend die Stimme erhoben. Man rief, besonders von seiten der Arbeiterorganisationen, nach staatlichen Maßnahmen gegen die Preistreiberei und die Vereinigung des arbeitenden Volkes. Ganz unvorbereitet ist denn die Schweiz auch nicht in den Krieg hineingekommen: die Preiskontrolle hat sofort eingesetzt und sie hat ihre Wirkung nicht verfehlt. Unzulänglich ist sie aus folgenden Gründen: sie wird in Gemeinden vielfach von Gemeindeorganen durchgeführt, die von den Geschäften, die sie zu beaufsichtigen hätten, nicht unabhängig sind; sie hat auf Grund neuer Einstandspreise und eventuell zu erwartender Verluste im Zeitpunkt des Preissturzes offenbar Preiserhöhungen bewilligt, wo sie hätte bremsen müssen; sie geht an einer Hauptaufgabe bisher vorbei: der Kontrolle der Preise monopolistischer Industrien, die sehr viel wichtiger wäre, als die Verfolgung sündiger Gemüsehändler usw.

Diese Fragen seien hier jedoch nicht weiter verfolgt, doch soll die Teuerung seit Kriegsausbruch etwas geprüft werden. Der Index des Bundesamtes berichtet von einer Verteuerung der Lebenshaltung um 3,3 Prozent. Diese Ziffer wird den wirklichen Verhältnissen nicht gerecht, sie wird in den kommenden Monaten zweifellos stark steigen. Wir geben hier die Detailpreise für einige Lebensmittel schweizerischer Herkunft, so wie wir sie in einer ostschweizerischen Stadt feststellen:

	August 1939	Januar 1940
Emmentaler Käse	2.90	3.20
Tafelbutter	5.—	5.50
Schweinefleisch	1.70 bis 1.80	1.80 bis 2.—
Kalbfleisch	1.70 bis 1.90	1.90 bis 2.10
Schüblig (400 Gramm)	1.—	1.10
Landjäger (200 Gramm)	—.50	—.60

Neue Leistungen der Konsumenten an die Sanierung der Landwirtschaft

Versuchen wir auszurechnen, was die Preiserhöhungen für den Haushalt des Arbeiters und die Angestellten ausmachen. Den «Basler Haushaltungsrechnungen» entnehmen wir die Ziffern über den Verbrauch an Nahrungsmitteln pro Haushaltung (im Durchschnitt zählt die Haushaltung in dieser Statistik des Basler Statistischen Amtes 3,47 Per-

sonen, das durchschnittliche Einkommen ist Fr. 6000.—). Wir nehmen an, daß der Verbrauch durch die Teuerung nicht eingeschränkt wurde, was in Wirklichkeit wohl nicht zutrifft, für unsere Berechnung aber ohne Bedeutung ist. Wir nehmen ferner an, daß von der Verteuerung der Eier 2 Cts., von der Verteuerung der Kartoffeln 5 Cts. und von der Verteuerung des frischen Schweizer Obstes 5 Cts. pro Kilo auf den Einfluß des Kriegsausbruches zurückzuführen sind. Dann ergeben sich die folgenden Mehrausgaben des Arbeiter- und Angestelltenhaushaltes:

Käse: Aufschlag 30 Cts. pro Kilo, Verbrauch pro Jahr 16 Kilo, Mehrauslage: Fr. 4.80.

Butter: Aufschlag 50 Cts., Verbrauch pro Jahr 25 Kilo, Mehrauslage pro Familie: Fr. 12.50.

Eier: Aufschlag 2 Cts. pro Stück, Verbrauch pro Jahr 578 Stück, Mehrauslage pro Familie: Fr. 11.50.

Obst (ohne Südfrüchte): Aufschlag 5 Cts., Verbrauch 180 Kilo pro Jahr, Mehrauslage pro Familie: Fr. 9.—.

Kartoffeln: Aufschlag 5 Cts. (in Wirklichkeit steht der Aufschlag gegenüber dem Vorjahr bei Kartoffeln und Obst weit über 5 Cts., doch spielen da auch Erntefaktoren mit), Verbrauch pro Jahr 175 Kilo, Mehrauslage pro Familie: Fr. 8.75.

Fleisch- und Wurstwaren: (Da die Preise für Rindfleisch nicht wesentlich gestiegen sind, nehmen wir eine durchschnittliche Preiserhöhung von nur 10 Cts. pro Kilo an), Verbrauch etwa 100 Kilo pro Familie im Jahr, Mehrauslage pro Familie: Fr. 10.—.

Wir sehen, daß hier für den Arbeiter- und Angestelltenhaushalt allein aus der Verteuerung der in der Schweiz produzierten Lebensmittel eine jährliche Verteuerung der Lebenshaltung um Fr. 56.55 entsteht. Diese Zahl kann möglicherweise nach oben korrigiert werden, da für Obst, Kartoffeln und Fleisch der durch den Krieg verursachte Preisaufschlag eher höher ist, als hier angenommen wurde, nach unten, da die schweizerische Landwirtschaft den Eierbedarf des Landes nur zu 64 Prozent deckt. Sicherlich ist es nicht übertrieben, wenn man feststellt, daß jede Arbeiter- und Angestelltenfamilie auf Grund der Preisaufschläge auf einheimischen Nahrungsmitteln, soweit sie bis Januar 1940 erfolgten, 50 oder mehr Franken an jene Sanierung der schweizerischen Landwirtschaft leistet, die man in bäuerlichen Kreisen von diesem herrlichen Krieg erwartet.

Andere Ursachen der Schrumpfung des Einkommens von Arbeitern und Angestellten.

Nur in Parathese und der Vollständigkeit halber sei hingewiesen auf die Steigerung der Preise der importierten Lebensmittel. Wir ergänzen die oben begonnene Zahlenreihe wie folgt:

	August 1939	Januar 1940
Maisgrieß	—.80	—.42
Reis Ia Qualität	—.65	—.76
Weißmehl	—.46	—.55

	August 1939	Januar 1940
Kristallzucker	—.58	—.66
Erbsen, halbe	—.46	—.90
Gerste	—.50	—.60
Haferflocken	—.52	—.62
Arachideöl	1.60	1.70
Kokosnußfett	—.90	1.—
Schokoladenpulver	1.60	1.90
Teigwaren (ohne Eier)	—.58	—.70

Auch *diese* Preiserhöhungen, die unseren Bauern nicht zugute kommen, schmälern das Einkommen der Arbeiter und Angestellten. Sie schmälern es in ganz ähnlicher Weise wie der zweiprozentige *Lohnabbau*, der durch die Lohnausgleichskassen eingeführt wird.

Das Einkommen der Bauern.

Es wäre falsch, anzunehmen, die Bauern hätten bisher aus dem Krieg schon wesentliche Gewinne machen können. Allerdings wurde der Käseremilchpreis um einen Rappen erhöht (von 19 auf 20 Cts. ab 1. November 1939), die Viehpreise haben jedoch nicht sehr stark angezogen; immerhin haben sie im schweizerischen Mittel die folgende Aufwärtsbewegung gemacht:

	November 1938	September 1939	November 1939
	Fr.	Fr.	Fr.
Junge Kühe, melkend . . .	1.45	1.52	1.58
Rinder, tragend	1.38	1.42	1.51
Rinder, fette, prima . . .	1.34	1.37	1.39
Kühe, fette, prima . . .	1.02	1.06	1.12
Kühe, abgehende	—.82	—.84	—.94
Kälber, fette, prima . . .	1.82	1.86	1.96
Schweine, fette	1.58	1.63	1.83

Der Grund, weshalb die Fleischpreise nicht stärker gestiegen sind, ist der, daß der Viehbestand letztes Jahr wieder einmal eine Rekordhöhe erreicht hatte. Das hat sich unterdessen nicht wesentlich geändert, man hofft in bäuerlichen Kreisen immer noch auf ein starkes Anziehen der Preise, ist dabei aber vor Jahresende nur knapp um einen Preiszusammenbruch herumgekommen. — In Betracht ziehen muß man auch, daß die Produktionskosten in der Landwirtschaft durch den Krieg gestiegen sind; das Bauernsekretariat rechnet für die Zeit von August bis November 1939 mit einer Erhöhung der Baraufwendungen der Landwirtschaft um neun Prozent; schlechtes Herbstwetter, schlechte Heuernte haben zudem einen Produktionsausfall mit sich gebracht, der auf das Ergebnis der landwirtschaftlichen Arbeit ungünstig einwirkt.

Gefahren für eine politische und gesellschaftliche Erneuerung der Schweiz.

Obwohl viele bäuerliche Hoffnungen bisher noch nicht in Erfüllung gegangen sind, muß doch angesichts der erhöhten Leistungen der Kon-

sumenten an die schweizerische Landwirtschaft gefolgert werden: wir sind in diesen ersten fünf Kriegsmonaten schon ein gut Stück auf jenem Weg gegangen, der Arbeiter und Bauern auseinanderführt. Jeder Milchpreisaufschlag, jeder Fleischaufschlag wird den «Graben» erweitern. Und es ist nicht daran zu zweifeln, daß die herrschende Schicht die wachsenden Gegensätze ausnützen und das arbeitende Volk zu Stadt und Land, das sich in den Jahren seit 1930 eher genähert hatte, erneut auseinandertreiben wird. Diese Entwicklung widerspricht dem gesunden Menschenverstand, sie bedeutet überdies eine Gefahr für die Schweiz. Eine wirtschaftliche und gesellschaftliche Neuordnung der Schweiz, die die Diktatur des Finanzkapitals und damit ein unschweizerisches, letztlich ins Verderben führendes Herrschaftsverhältnis beseitigt, ist nur möglich auf Grund einer geschlossenen, staatsbildenden Zusammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitern. Die Industriearbeiterschaft allein kann die Schweiz nicht erneuern, die Bauern allein können diese Aufgabe auch nicht erfüllen; es bedarf der gemeinsamen Erhebung, des gemeinsamen Aufbaus.

Sind die Voraussetzungen für eine solche gesellschaftliche und politische Neuorientierung der Schweiz vorhanden? Wir haben ja und je die Meinung vertreten: Ja. Wir möchten sie so kurz begründen:

Grundsätzliches zum Verhältnis von Bauern und Arbeitern.

1. Die schweizerische *Industriearbeiterschaft stammt aus dem Bauernvolk*. Die Wanderung vom Land zur Industrie kann in der Geschichte des schweizerischen Industriestaates nachgewiesen werden. Ereignisse, wie der Brand von Uster, wo im Jahre 1832 Arbeiter aus Feindschaft gegen die Maschine eine Textilfabrik zerstörten, waren nicht allein von den Industriearbeitern getragen, sie waren auch das Werk der Bauern, denen durch die Fabriken die Kinder entführt und der Nebenerwerb aus der Heimarbeit genommen wurde. Aber auch bis in die jüngste Zeit kann man die Beobachtung machen, daß die Industrie ihre Arbeiterschaft aus den Reihen des Landvolkes ergänzt. Aus Winterthur wurde berichtet, daß mit Beginn der Rüstungskonjunktur im Jahre 1938 der Zuzug von Arbeitskräften vom Land wieder eingesetzt hat; die Gründe dafür, daß Winterthurs Industrie ihre Arbeiter nicht aus andern Reserven holt, sind verschieden; zum Teil liegen sie darin, daß auf dem Land die Arbeitsgelegenheiten selten sind und darum die überflüssigen Arbeitskräfte nach der Stadt drängen, zum Teil aber wird diese Wanderung durch die Unternehmer bewußt gefördert. — Das schweizerische Bauernvolk — *darauf* kommt es uns hier an — ist sich in der ganzen Zeit seit dem Entstehen der schweizerischen Industrie bewußt gewesen, daß die Industriearbeiterschaft aus seinem Schoße stammt. Die Arbeiter ihrerseits haben die verwandtschaftlichen Beziehungen zum Bauernvolk doch wohl nur in den seltensten Fällen vergessen.

2. Es bestehen darum enge Beziehungen zwischen Bauern- und Arbeitervolk. Sie werden begünstigt durch den Umstand, daß die Schweiz *keine eigentlichen Industriestädte* hat. Unsere größten Indu-

striezentren liegen in kleinen Ortschaften und auf dem Land. Baden bei Zürich beispielsweise zählt 5300 Arbeiter in seinen 30 dem Fabrikgesetz unterstellten Betrieben. Von ihnen arbeiten 4600 bei Brown, Boveri & Co. Nur etwa 20 Prozent von diesen 4600 Arbeitern wohnen jedoch in Baden, alle andern in Badens Hinterland, in den Dörfern, im Bauernvolk. Selbst von der Industriestadt Winterthur ist zu berichten, daß 31 Prozent der Arbeiter der beiden Großfirmen der Maschinenindustrie auf dem Land wohnen. Obwohl der industriestaatliche Charakter bei der Schweiz ausgebildet ist, wie bei keinem andern der europäischen Industriestaaten, lebt in der Schweiz der größte Teil der Bevölkerung auf dem Land; 70 Prozent der Schweizer wohnen in Gemeinden mit weniger als 10 000 Einwohnern, also in Dörfern, und nur 30 Prozent in Gemeinden mit über 10 000 Einwohnern. Schließlich erfahren wir aus der Bevölkerungsstatistik die interessante Tatsache, daß 17 000 Arbeiter in der Schweiz im Nebenberuf auch noch Bauern sind und einen eigenen kleinen landwirtschaftlichen Betrieb nach Feierabend bewirtschaften. Aus all dem sehen wir, wie eng die Beziehungen zwischen Land und Stadt, zwischen Bauernvolk und Arbeitervolk sind.

3. Die schweizerische Landwirtschaft besteht aus *Kleinbauernbetrieben*. Wir finden auf dem Gebiet der landwirtschaftlichen Produktion sozusagen keine kapitalistischen Unternehmer. Im Jahre 1930 zählte man in der Landwirtschaft 386 000 Erwerbende. Nur rund ein Fünftel davon waren unselbstständig Erwerbende, also Knechte und Mägde, alle andern waren selbständige Bauern und ihre Familienangehörigen. Auch in den Erhebungen über die Größe der landwirtschaftlichen Betriebe kommt die Tatsache, daß die schweizerische Landwirtschaft das Feld selbstarbeitender Bauern ist, zum Ausdruck: fast 93 Prozent aller Bauernbetriebe sind kleiner als 15 Hektaren, die Großbetriebe sind meist gemeinwirtschaftlich verwaltete Alp- und Weidebetriebe. Und weit über die Hälfte der Bauernbetriebe wird ohne fremde Arbeitskraft bewirtschaftet.

Der Landwirt ist in der Schweiz nicht Großgrundbesitzer, Unternehmer, der fremde Arbeitskraft arbeiten läßt, wie vielfach im Ausland. Er ist selbst Arbeiter und sein Besitz an Grund und Boden ist dem Besitz an Arbeitsmitteln im Gewerbe gleichzustellen. Darum hat das Schweizervolk immer die Hilfe an die Landwirtschaft als moralisch gerechtfertigt angesehen; der Schaffende half dem Schaffenden.

4. Bauern und Arbeiter haben viele *gemeinsame Interessen*. So sind beide Bevölkerungsklassen interessiert an einer guten Sozialpolitik. Wer das Leben der Bauern kennt, weiß, wieviel Sicherheit in den Beziehungen zwischen Eltern und Kindern die Einführung einer wirksamen Altersversicherung bei der Bauernbevölkerung mit sich bringen würde. An vielen andern sozialpolitischen Maßnahmen ließe sich das gleiche nachweisen und auch das letzte sozialpolitische Gesetz, das den Räten zur Behandlung unterbreitet wurde, und das hoffentlich bald in Kraft tritt, das Gesetz für den Schutz der Heimarbeit, wird hineingreifen ins Leben vieler Bauernfamilien. — *Mit* den Arbeitern haben die Bauern

ein Interesse an einem gerechten Steuersystem, das Steuerbetrug und Steuerflucht, die in der Schweiz noch ungeheuer wirtschaftlichen und moralischen Schaden anrichten, vermindern würde. Und schließlich sind die beiden Bevölkerungsschichten interessiert an einer planmäßigen, die Krisen verhindernden Wirtschafts- und Finanzpolitik; unsere Industrie ist auf die Landwirtschaft für ihren Absatz angewiesen und ein sicheres, gutes Einkommen der industriellen und gewerblichen Arbeiterschaft ist die Voraussetzung für den Absatz der hochwertigen Produkte unserer Landwirtschaft. Das zeigt sich vornehmlich auch beim Milchpreis; früher wurde er durch den Preis bestimmt, den man für Exportkäse erreichte. Dieser Einfluß ist immer noch da, doch spielt er nicht mehr die gleiche Rolle; der Export von Milcherzeugnissen ist seit 1929 von 150 Millionen auf 50 Millionen zurückgegangen, der Milchpreis wurde damit seiner früheren Basis beraubt und ließ sich in der ganzen Krisenzeit, in der der Milchkonsum der Konsumenten zurückging, nur durch außerordentliche staatliche Intervention halten.

5. Damit ist auch der Einwand, die Bauern könnten sich auf Grund ihrer bäuerischen Lebensweise nicht für die *sozialistischen Gedankengänge der Arbeiterschaft* erwärmen, zum Teil widerlegt. Die Maßnahmen einer planmäßigen staatlichen Wirtschaftspolitik sind durchaus sozialistisches Gedankengut. Wenn wir uns weiter überlegen, wie weitgehend die Bauern durch genossenschaftliche Zusammenarbeit die Verfügungsgewalt des einzelnen bäuerlichen Unternehmens eingeschränkt und damit den Erfolg der Arbeit in hohem Maße verbessert haben; wenn wir uns überlegen, daß beispielsweise der Zentralverband Schweizerischer Milchproduzentenverbände 82 Prozent des schweizerischen Kuhbestandes kontrolliert, daß die Milchverarbeitung weitgehend in den Händen genossenschaftlicher Unternehmungen liegt, daß das Genossenschaftswesen heute keinen Zweig der bäuerlichen Wirtschaft, auch die Kreditbeschaffung nicht, mehr ausläßt... dann sehen wir, wie sehr der Bauer gemeinwirtschaftlichen Gedankengängen erschlossen ist. Erfreulicherweise arbeiten heute Genossenschaften der Bauern und der Konsumenten vielfach Hand in Hand. — 97 Prozent der Forstbetriebe der Schweiz sind im Besitz von Gemeinden und Genossenschaften, zu einem kleinen Teil auch im Besitz des Staates; weit mehr als die Hälfte der auf Alpen gesömmerten Kühe und Rinder kommen auf Alpen, die von Gemeinden und Korporationen bewirtschaftet werden.

Die Bauern haben gemeinwirtschaftliche Einrichtungen übernommen und schaffen sie neu; die Bemühungen der Arbeiterschaft um mehr staatlichen und gemeinwirtschaftlichen Einfluß auf die Organisation des Kredites und der industriellen Produktion finden darum bei den Bauern Verständnis.

6. Schließlich gründen wir unser Vertrauen zur Sicherheit einer künftigen aufbauenden Zusammenarbeit zwischen Bauern und Arbeitern auf Ereignisse, bei denen sich gezeigt hat, daß sich die beiden Bevölkerungsschichten ihrem gemeinsamen Ursprung entsprechend die Treue gehalten haben. Dreimal (in den Jahren 1891, 1903 und 1923) hatte sich

das Schweizervolk über Schutzzölle zugunsten der Landwirtschaft zu entscheiden, dreimal wurden sie in der Volksabstimmung bejaht und alle dreimal konnte man feststellen, daß diese bejahenden Stimmen auch aus den Kreisen der städtischen Arbeiterschaft stammten, obwohl die Arbeiterorganisationen anders geraten hatten. Umgekehrt haben auch die Bauern den Arbeitern die Treue gehalten; als 1924 über den Achtstundentag abgestimmt wurde, brachten rein bürgerliche Gegenden bejahende Mehrheiten auf; gegen die Parole der Bauernorganisationen! Bei andern Abstimmungen, so bei der über den Lohnabbau, ließ sich ähnliches feststellen. Es besteht eine *Gesinnungsgemeinschaft* zwischen dem arbeitenden Volk zu Land und Stadt. Wenn sich das Volk durch Verständigung finden soll, *hier* ist der Weg gezeichnet! Verständigung ist möglich unter den Schaffenden; ein Versuch zur Verständigung zwischen Arbeit und Kapital, zwischen Ausgebeuteten und Ausbeutern aber geht wider die Natur.

Folgerungen.

Aus allem dem ist der zwingende Schluß zu ziehen: eine Vereinigung des Arbeiter- und Bauernvolkes zur Lösung großer wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Aufgaben ist möglich. Es ist in dieser Sache in den letzten Jahren in unkluger Weise experimentiert worden, das braucht ja in Zukunft nicht unbedingt weiter getrieben zu werden. Eins steht fest: die Arbeiter haben es nicht nötig, dem Sozialismus abzuschwören, wollen sie die Zusammenarbeit mit den Bauern herbeiführen. Im Gegen teil: je mehr sie sich mit der bestehenden Ordnung, mit einer Politik des Finanzkapitals aussöhnen wollten, um so mehr würden sie sich von den Bauern (den wirklichen Bauern, nicht ihren jetzigen Führern) entfernen. Eine fortschrittliche Sozialpolitik, eine sozialistische Geld- und Wirtschaftspolitik, eine starke Förderung des freien Genossenschaftswesens, sinnvolle Sozialisierungsmaßnahmen auf dem Gebiet des Finanz- und Monopolindustriekapitals, der Kampf für den Frieden, der Kampf für die menschliche Freiheit... all das liegt auch in der Linie gesunden bürgerlichen Denkens!

Es stehen zweifellos der hier angedeuteten neuen politischen Gruppierung schwere Widerstände im Weg. In den Kreisen des Finanzkapitals und bei der gegenwärtigen Führung der Bauernorganisationen. Diese Widerstände sind auf die Dauer nicht unüberwindlich. Damit jedoch der Krieg den Gegensatz zwischen Bauern und Arbeitern, der von den lachenden Dritten immer gern verschärft wird, nicht stärker werden lasse, müssen zwei Ziele erreicht werden:

1. Die Arbeitermassen müssen vor direktem und indirektem Lohnabbau, vor der Verelendung geschützt werden.
2. Die bürgerliche Sanierung darf nicht den Weg über die Preis erhöhungen gehen.

Man kann diese beiden Ziele auch anders formulieren, kann in den Kreis der Betrachtungen auch die Lohnkämpfe mit einbeziehen... hier interessiert uns nur eins: die Arbeiterschaft darf nicht zugunsten der

Landwirtschaft in ihrem Einkommen gekürzt werden. Geschieht das doch, rückt die Möglichkeit einer gemeinsam aufbauenden Arbeit der beiden Bevölkerungsschichten und damit die Erneuerung der Schweiz an Haupt und Gliedern wiederum in weitere Ferne.

Der Not, die heute im Bauernvolk noch vorhanden, soll man mit andern Mitteln als mit Preiserhöhungen begegnen. Preiserhöhungen haben immer auch schlimme Folgen: sie kürzen die Kaufkraft der Konsumenten, sie lassen den Gegensatz zwischen arm und reich im Bauernvolk selbst größer werden, sie bringen eine Verteuerung von Grund und Boden mit sich. Wir wirken im Interesse der Bauern, wenn wir gegen eine sinnlose Erhöhung der landwirtschaftlichen Preise kämpfen. Darüber hinaus aber wirken wir für die Zukunft unseres Landes, die getragen werden soll von den arbeitenden Menschen zu Stadt und Land!

Vom ersten zum zweiten Weltkrieg

Von Emil J. Walter.

II.

In einer Reihe von Staaten führte die Auflösung der gesellschaftlichen Ordnung in den Nachkriegsjahren zu Bürgerkrieg und Revolutionen. Die wirtschaftliche Ausblutung durch den Weltkrieg revolutionierte nicht nur die Arbeitermassen der Städte, sondern auch die Bauern des flachen Landes. In den nationalen Rahmen gebannte Auseinandersetzungen der Klassen weiteten sich um so eher aus zum internationalen Kampf von Kapital und Arbeit, als der Wellenschlag der Konjunktur von der Demobilisationskrise über die kurzfristige Nachkriegskonjunktur hinweg mit dem Ausbruch der Wirtschaftskrise im Sommer und Herbst 1920 durch das Mittel des Preissturzes sozusagen alle Gebiete und Länder der Weltwirtschaft in ihren Bann zog.

Naturgemäß sind es die russische und die deutsche Revolution, welche das allgemeine Interesse am stärksten beanspruchen. Aber die Entwicklung der sozialistischen Bewegung sowohl in Rußland als auch in Deutschland, ihre Erfolge, Mißerfolge, Rückschläge und Niederlagen sind nur dann wirklich zu begreifen, wenn die sozialen und politischen Ereignisse in diesen Ländern in den internationalen Rahmen gestellt, die Rückwirkungen der klassenbedingten Diktatpolitik der Siegermächte mit betrachtet werden: Die bolschewistische Regierung hatte nach dem Friedensschluß von Brest-Litowsk mit dem deutschen Reiche sich in immer stärkerem Maße gegen von den Westmächten unterstützte Invasionstruppen, erst in Sibirien, dann westlich von Petrograd, in Murmansk und Archangelsk, in Südrussland und der Ukraine zu erwähren; und nachdem am 11. November 1918 der Waffenstillstand zwischen Deutschland und der siegreichen Entente im Walde von Compiègne abgeschlossen worden war, hielt die Entente die deutschen Regierungen bis zum 10. Januar 1920, dem Tage des offiziellen Friedensschlusses unter dauerndem Druck. Am 16. Januar 1919 wurde der